

Strategiepartei

Soll-Ist-Vergleich Kanton Basel-Stadt

Programm Strategiepartei (Strategie): Soll	Kanton Basel-Stadt: Ist und Kommentar
<p>1. Einleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strategie vor Tagesgeschäft • Berücksichtigung globaler Aspekte • Zeithorizont 100 Jahre <p><i>Quellen</i></p> <p>Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens, 2. Auflage, Basel 2009</p>	<p>Im Kanton Basel-Stadt beruht die Strategie auf dem Legislaturplan (aktuell 13-17), der vom Regierungsrat alle vier Jahre zu Beginn einer regierungsrätlichen Amtsperiode dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Insofern ist eine Strategie durchaus vorhanden. Jedoch dominiert das Tagesgeschäft aus mehreren Gründen noch zu stark.</p> <p>So wird der Legislaturplan vom Grossen Rat lediglich zur Kenntnis genommen. Eine fakultative oder gar obligatorische Volksabstimmung über die Kantonsziele findet nicht statt. Die rechtlich verbindlichen Entscheidungen des Grossen Rates und Volksabstimmungen finden alle ausserhalb des vierjährigen Legislaturplans statt. Immerhin können diese Entscheide auch langfristige Geschäfte betreffen, so insbesondere den Zonenplan. Es erstaunt deshalb nicht, dass der Legislaturplan, der nur einmal alle vier Jahre zu einer Grossratsdebatte führt, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.</p> <p>Der Regierungsrat, der den Legislaturplan beschliesst, ist zudem in seiner Organisation mehr eine Koordinationskonferenz der Departementsvorsteher als ein Organ, das über den Departementen steht. Dazu kommt, dass der Regierungspräsident gegenüber den Departementsvorstehern kein Weisungsrecht hat. Dieser Situation wird immerhin dadurch Rechnung getragen, dass eine Legislaturplankonferenz mit Vertretern aller Departemente eingesetzt wurde. Dies hat allerdings zur Folge, dass</p>

	<p>der Regierungsrat eher von der Verwaltung geführt wird als umgekehrt, was allerdings systemimmanent ist. Die Qualität der Strategie ist bei dieser Lage von der Qualität der Verwaltungsspitzen abhängig. Der Regierungsrat selbst aber ist kein strategisch starkes Organ.</p> <p>Globale Aspekte werden im Legislaturplan berücksichtigt. Im Schweizerischen Bundesstaat steht den Kantonen aber lediglich eine beschränkte Aussenpolitik zu. Insofern muss sich Basel-Stadt den globalen Entwicklungen im Wesentlichen anpassen und kann nur versuchen, über die Schweiz Einfluss auf die Aussenpolitik zu nehmen. Im näheren Umfeld ist Basel-Stadt jedoch vielfältig tätig, soweit es die Landesgrenzen zulassen.</p> <p>Der Zeithorizont des Legislaturplans von vier Jahren ist für eine Strategie eindeutig zu kurz. Will man nicht einfach die bisherige Politik fortschreiben, brauchen gewichtigere Änderungen mindestens zehn Jahre, allein schon aufgrund des Gesetzgebungsprozesses. Für grundlegende Änderung des Verhaltens von uns Menschen, soweit dies überhaupt möglich ist, braucht es aber regelmässige Generationen, es sei denn, Katastrophen drohen deutlich genug oder haben sich bereits ereignet.</p>
<p>2. Sinnsuche, zweite Aufklärung und aktueller Sinn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Suche nach dem Sinn des Daseins (sinnvolle Ziele der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution) • aktueller Sinn (statt unbekannter Sinn des Daseins) • Zweite Aufklärung: Zusammenführung der Geistes- und Naturwissenschaften • Zweite Aufklärung auch in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft 	<p>Die Suche nach dem Sinn des Daseins wird nicht explizit als staatliche Aufgabe angesehen. Faktisch aber werden in vielen politischen Debatten Sinnfragen diskutiert. Über die staatliche Finanzierung der Grundlagenforschung, z.B. des CERN, wird ebenfalls faktisch Sinnsuche betrieben. Und im Zusammenhang mit der hinkenden Trennung von Kirche und Staat ist der Staat faktisch auch mit Sinnfragen konfrontiert. Vor allem aber hat der heutige Staat, so Basel-Stadt und insbesondere die Schweiz, eine Regelungsdichte entwickelt, die kaum einen Bereich unseres Lebens nicht zumindest indirekt betrifft. Ob der Staat will oder nicht, faktisch beantwortet er mit seinen Regelungen Sinnfragen. Es ist deshalb methodisch falsch, so zu tun, als überliesse man die Frage nach dem Sinn des Daseins den Privaten.</p> <p>Dieser methodische Fehler zeigt sich auch an der zu anthropozentrischen Ausrichtung der Schweizer und auch der Basler Politik. Dieser Umstand wird zudem da-</p>

<p><i>Quellen</i></p> <p>Der Sinn des Daseins, Basel 2000</p> <p>Ziele, Basel 2010</p> <p>Grundlagen des Studium generale, Basel 2008</p>	<p>durch bewirkt, dass Politiker oft aus den Geisteswissenschaften stammen; mangels eines Studium generale sind insbesondere die Spitzenpolitiker ungenügend ausgebildet. Im Resultat dominieren ökonomische Fragen die Politik. Dies ist nicht zuletzt auf den Einfluss der ökonomisch geprägten, privaten Weltpolitik zurückzuführen. Eine derartige ideologische Monokultur muss scheitern. Und über die endlose Produktwerbung im öffentlichen Raum und in den Medien wird die Öffentlichkeit auf Konsum fixiert. Damit und aufgrund des Niedergangs der Kirche droht eine geistige Verflachung. Dies zeigt sich im Umgang mit dem „Fremden“, sei dies bei religiösen Fragen oder gegenüber Angehörigen anderer Nationen. Mit Toleranzauf-rufen alleine ist es nicht getan, weil, wie erwähnt, in vielen Fällen eine faktische Stellungnahme unumgänglich ist.</p> <p>Indem der Staat zum Sinn des Daseins keine Stellung bezieht, verpasst er schliesslich eine vertiefte Diskussion über einen aktuellen Sinn, geschweige denn, es kommt in dieser Hinsicht zu einer Einigung.</p> <p>Damit wird die Notwendigkeit einer zweiten Aufklärung, nämlich das Zusammenführen von Geistes- und Naturwissenschaften, für Wissenschaftler, aber auch für die Politik, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu wenig offenbar.</p>
<p>3. Staatsleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Staat als „Last Resort“ • Befriedigung der synthetisierten Bedürfnisse als oberstes Staatsziel • 8 Schritte der Staatsleitung • Praxistest der Rechtssetzung • Durchsetzungsrecht statt Strafrecht • Weltstaat 	<p>Der Staat als „Last Resort“ muss an alles denken, darf aber nicht alles beherrschen. Als Kanton kann Basel-Stadt diesem Anspruch systemimmanent nur teilweise genügen. Aufgrund seiner Finanzstärke, Infrastruktur und Organisation nimmt Basel-Stadt im internationalen Vergleich als „Last Resort“ sicher einen Spitzenplatz ein. Allerdings ist Basel-Stadt wenig in der Lage, auf globale Entwicklungen Einfluss zu nehmen, die ihn aber in die Rolle des „Last Resort“ zwingen könnten.</p> <p>Mangels einer umfassenden Analyse der Bedürfnisse und mangels der Festlegung eines aktuellen Sinns ist eine umfassende Synthese der Bedürfnisse nicht möglich, sondern findet allenfalls im Einzelfall statt.</p> <p>Die acht Schritte der Staatsleitung finden in der einen oder anderen Form statt, aber</p>

<p><i>Quellen</i></p> <p>Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000 Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008 Praxistest der Rechtsetzung, Basel 2012 Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht, Basel 2007 Der Weltstaat, Basel 2008 New Public Management, Basel 2006</p>	<p>nicht mit der nötigen Systematik und nicht mit der nötigen Vollständigkeit. Insbesondere fehlt eine konsequente Ausrichtung der Staatstätigkeit auf die Wirksamkeit, den sogenannten Output.</p> <p>Ein Praxistest der Gesetzsetzung ist nicht institutionalisiert.</p> <p>Der Wechsel vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht ist Sache der Schweiz.</p> <p>Ein Weltstaat wird nicht erwogen.</p>
<p>4. Wirtschaftspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik aufgrund der synthetisierten Bedürfnisse • Insbesondere Synthese der Bedürfnisse nach Rang und Macht, unter Berücksichtigung der Statussymbole • Markt als ordnungspolitische Möglichkeit statt als Religion • Wachstumsneutrale Geldpolitik <p><i>Quellen</i></p> <p>Grundlagen des Studium generale, Basel 2008 Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000 Partnerschaft und Familie, Basel 2006 Der 11. September, Basel 2002 Statussymbole, Basel 2008 Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, Zürich 2009</p>	<p>Als Kanton ist Basel-Stadt in die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingebettet. Da weder in der Schweiz noch in Basel-Stadt die Synthetisierung der Bedürfnisse so erfolgt, wie dies in unserem Programm vorgesehen ist, setzt Basel-Stadt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen methodisch nicht optimal.</p> <p>Immerhin ist erfreulich, dass in Basel-Stadt traditionell das Zurschaustellen von Macht und Rang und der entsprechenden Statussymbole mit wohlthuender Zurückhaltung erfolgt.</p> <p>Trotzdem wird auch in Basel-Stadt die Ideologie des Marktes und des Wachstums gross geschrieben. Diese Ideologie ist nicht nachhaltig. Erfahrungen aus jüngster Zeit in den westlichen Staaten wie die Finanzkrise der Banken und Versicherungen, die staatlichen Schuldenkrise und die Anlageschwierigkeiten in Kombination mit der insbesondere für die Sozialwerke ungünstigen demographischen Entwicklung, dem zunehmenden Ressourcenverbrauch und der zunehmenden Umweltbelastung lassen den Schluss zu, dass die Grenzen dieser Ideologie erreicht sind oder in absehbarer Zeit erreicht werden. Es erscheint wahrscheinlich, dass ein ähnlicher Punkt erreicht ist wie vor der französischen Revolution. Dannzumal wurde die auf der Landwirtschaft beruhende Gesellschaftsordnung durch eine auf der Industrialisierung beruhende Gesellschaftsordnung abgelöst. Die Industrialisierung hat zu einem enormen Erfolg bei der Güterproduktion geführt. Nunmehr droht der eigene Erfolg dieser Wirtschaftsform ihr aufgrund des dauernden Wachstums selbst zum</p>

	<p>Verhängnis zu werden. Deshalb darf die Marktwirtschaft und die damit verbundene Wachstumsideologie nicht als Religion, sondern nur als ordnungspolitische Möglichkeit verstanden werden. Und es ist zumindest im Sinne einer vorbereitenden Massnahme eine wachstumsneutrale Geldpolitik zu entwickeln. Beides ist allerdings in erster Linie eine Sache der Schweiz; Basel-Stadt kann in dieser Hinsicht nur mit entsprechenden Anträgen tätig werden.</p>
<p>5. Bevölkerungspolitik, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verhältnis Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung erkannt • Bevölkerungspolitik vorhanden • Reduktion der Bevölkerung als Ziel <p><i>Quellen</i></p> <p>Ziele, Basel 2010 Verleugnung der Grenzen des Wachstums, Basel 2006</p>	<p>In Basel-Stadt wird in der Tendenz versucht, die Bevölkerungszahl zu erhöhen, wobei auch Diskussionen über die Bevölkerungsstruktur geführt werden, Stichwort Nettosteuerzahler, um insbesondere die Zentrumslasten finanzieren zu können. Doch Überlegungen wie in unserem Programm sind nicht Teil der Politik von Basel-Stadt.</p>
<p>6. Religionen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trennung der Religionen und des Staates • Religiöse Fragen, Symbole und Rituale auf der Grundlage eines evolutionär geprägten Weltbilds <p><i>Quellen</i></p> <p>Religionen, Rituale und Symbole, Basel 2002 Evolution und Religionen, Basel 2004 Evolution, Gott und Wahrheit, Basel 2008</p>	<p>Basel-Stadt ist ein religiös toleranter Kanton. Fast die Hälfte der Einwohner sind konfessionslos, der Rest gehört überwiegend den beiden grossen christlichen Landeskirchen an. Allerdings ist die Trennung von Kirche und Staat eine hinkende (vgl. www.aubonsens.ch/taetigkeit/veranstaltungen/rt07_7.pdf). Eine Beantwortung der religiösen Fragen oder religiöse Symbole und Rituale aufgrund eines evolutionär geprägten Weltbildes gibt es nicht.</p>

<p>7. Partnerschaft und Familie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahl und von Partnerschafts- und Familiensystemen • Institut für Partnerschaft und Familie <p><i>Quellen</i> Partnerschaft und Familie, Basel 2006</p>	<p>Partnerschafts- und Familiensysteme sind eidgenössisch geregelt. Neben der Ehe gibt es die registrierte Partnerschaft für homosexuelle Paare. Im Übrigen gibt es für das Konkubinat diverse mögliche Regelungen.</p> <p>Die von uns vorgeschlagenen Varianten von Partnerschaft und Familie sind jedoch nicht ausgearbeitet und gesetzlich geregelt. Ebenso wenig existiert ein Institut für Partnerschaft und Familie.</p>
<p>8. Studium generale</p> <ul style="list-style-type: none"> • Studium generale mit allgemeinem Teil der Wissenschaften <p><i>Quellen</i> Grundlagen des Studium generale, Basel 2008</p>	<p>Ein Studium generale existiert an der Universität Basel nicht. Ein Studium generale mit allgemeinem Teil der Wissenschaften, der Voraussetzung für ein echtes Studium generale, existiert weltweit nicht.</p> <p>Deshalb ist eine entsprechende Organisation, z.B. eine Stiftung zu gründen, die diese Idee eines echten Studium generale vorantreibt.</p>
<p>9. Globaler, holistischer Think Tank</p> <ul style="list-style-type: none"> • Globaler holistischer Think Tank <p><i>Quellen</i> Neue Wege der globalen Zusammenarbeit, Zürich 2010</p>	<p>Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens versucht, als globaler holistischer Think Tank zu wirken, unterstützt durch die Strategiepartei.</p>
<p>10. Die nächsten Schritte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Basel - Stadt der Ideen <p><i>Quellen</i> Basel – Stadt der Ideen – Geld und Geist, Basel 2005 Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000</p>	<p>Zuweilen wird der Slogan „Basel. City of Vision.“ verwendet.</p>

<p>Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008 New Public Management, Basel 2006</p>	
--	--